

Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ausschußbetreuender Fachbereich Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung	Datum 08.01.2004
	Schriftführer Herr Kredelbach
	Telefon-Nr. 02202/142237
Niederschrift	
Hauptausschuß	Sitzung am Dienstag, dem 9. Dezember 2003
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:04 Uhr – 17:55 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlußfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 09.10.2003 - öffentlicher Teil -
648/2003**
- 4. Mitteilungen der Bürgermeisterin**
- 5. Annahme einer Schenkung des Verschönerungsvereins Bergisch Gladbach e.V.
653/2003**
- 6. Pflege der städtepartnerschaftlichen Beziehungen
630/2003**
- 7. Ermächtigung, bereits vor der Verabschiedung der Haushaltssatzung 2004 für**

**städtepartnerschaftliche Aktivitäten Verpflichtungen zu Lasten des Haushalts-
planes 2004 einzugehen**
631/2003

- 8. Strukturuntersuchung Rommerscheid/ Romaney**
654/2003
- 9. Feststellung des Jahresabschlusses 2002 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung
"Städtische Feuerwehr" der Stadt Bergisch Gladbach**
647/2003
- 10. Benennung des Fußweges zwischen der Straße Rosenhecke und der Kauler Stra-
ße in Bensberg**
588/2003
- 11. Auflösung des Vereins "Werkstatt für Behinderte Leverkusen/Rhein-Berg e. V."**
661/2003
- 12. Berufung eines Mitglieds des Beirates für die Belange von Menschen mit Behin-
derungen durch den Rat der Stadt Bergisch Gladbach**
655/2003
- 13. Bericht aus dem Ausländerbeirat**
561/2003
- 14. Anfragen der Ausschußmitglieder**

B Nichtöffentlicher Teil

- 1. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nichtöffentlicher Teil -**
- 2. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung vom 09.10.2003
- nichtöffentlicher Teil _
(keine Vorlage)**
- 3. Mitteilungen der Bürgermeisterin**
- 4. Anfragen der Ausschußmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlußfähigkeit

@->

Bürgermeisterin Opladen eröffnet die Sitzung und stellt fest, daß der Hauptausschuß ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde sowie beschlußfähig ist.

Als Unterlagen für die heutige Sitzung benennt sie

1. die Einladung vom 27.11.2003 mit den dazugehörenden Unterlagen und
2. die Textausgabe der Strukturuntersuchung Rommerscheid/ Romaney, die allen Mitgliedern des Ausschusses als Tischvorlage vorliegt.

<-@

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

@->

Die Niederschrift wird genehmigt.

<-@

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 09.10.2003 - öffentlicher Teil -

@->

Bürgermeisterin Opladen korrigiert den Durchführungsvermerk zu Punkt 12.3 dahingehend, daß der Entwurf einer überarbeiteten Fassung der städtischen Satzung über die Durchführung von Bürgerentscheiden Gegenstand einer der kommenden Sitzungen des Hauptausschusses sein werde.

Im übrigen nimmt der Hauptausschuß den Bericht zur Kenntnis.

<-@

4. Mitteilungen der Bürgermeisterin

@->

1. Personalwesen unter den Bedingungen des Haushaltswirtschaftskonzeptes

Bürgermeisterin Opladen weist darauf hin, daß der Haushalt für 2004 erst im kommenden Jahr verabschiedet werde. Sie werde das o. g. Thema dann wieder auf die Tagesordnung des Hauptausschusses setzen, wenn über das Personalbudget und den Stellenplan beraten werde. Sofern die Fraktionen vorher Auskünfte wünschten, stehe Fachbereichsleiter Kreilkamp jederzeit zur Verfügung.

gung.

2. Lebenssituation von Familien in Bergisch Gladbach

Bürgermeisterin Opladen informiert darüber, daß die von den Fachausschüssen angeregten Ergänzungen des Familienberichtes zur Zeit durch die Verwaltung aufbereitet würden. Des weiteren seien Stellungnahmen von Organisationen erbeten worden, die sich mit einzelnen Bereichen des Familienlebens befaßten. Es sei Ziel, den Familienbericht im ersten Quartal des kommenden Jahres zu ergänzen und zu aktualisieren. Anschließend würden dem Hauptausschuß die Ergebnisse vorgelegt. Aus diesem Grunde sei beabsichtigt, die vorgesehene Bürgerbeteiligung noch zu verschieben. Deren Grundlage solle der aktualisierte Bericht sein.

3. Autobahnzubringer auf der ehemaligen Bahndammtrasse

Stadtbaurat Schmickler informiert darüber, daß die Verwaltung entsprechend dem Auftrag des Hauptausschusses die Anträge auf Aufnahme in den Bahnflächenpool und in den Landesstraßenbedarfsplan gestellt habe. Das Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport von Nordrhein-Westfalen habe inzwischen den Eingang des Antrages hinsichtlich der Aufnahme in den Bahnflächenpool bestätigt und zugesichert, die Stadt zu berücksichtigen, sollte es zu Verhandlungen hinsichtlich eines zweiten Flächenpaketes kommen.

4. Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern

Herr Freese merkt an, daß es hinsichtlich der künftigen Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern divergierende Beschlüsse von zwei Fachausschüssen gebe. Er fragt an, weshalb die Angelegenheit heute nicht auf der Tagesordnung stehe.

Stadtkämmerer Kotulla antwortet, daß dem Rat für seine Sitzung am 16.12.2003 eine Beschlußvorlage unterbreitet werde, die den unstrittigen Teil des Beschlußvorschlages beinhalte und es der Verwaltung anschließend ermögliche, die vorgesehenen finanziellen Mittel des Bundes und des Landes abzurufen. Über den strittigen Teil werde zu Beginn des kommenden Jahres entschieden.

Herr Hoffstadt erklärt die Bereitschaft der SPD-Fraktion, den zunächst erzielten Kompromiß mitzutragen, sofern die anderen Fraktionen sich dem anschließen.

Hierüber besteht Einvernehmen.

5. Hochhauskonzept der Stadt Köln

Bürgermeisterin Opladen verweist auf die Presseberichterstattung im Kölner Lokalteil des Kölner Stadt-Anzeigers und der Bergischen Landeszeitung über die in Köln- Deutz geplanten Bauvorhaben. Da diese auch einen Einfluß auf die Sichtachsen von Bensberg nach Köln hätten, habe sie sich bemüht, eine PowerPoint-Präsentation zu erhalten, die im Kölner Stadtentwicklungsauss-

chuß zu der Angelegenheit vorgestellt wurde. Verwaltungsmitarbeiter Schäfer werde diese nunmehr vorführen, da deren Inhalt auch für den Hauptausschuß als Stadtentwicklungsausschuß interessant sei.

Sodann erläutert Verwaltungsmitarbeiter Schäfer anhand der PowerPoint-Präsentation die Planungen der Stadt Köln entsprechend dem derzeitigen Stand. Für Bergisch Gladbach drehe sich eine Bewertung der Angelegenheit um die Frage, ob der Sichtbezug zum Kölner Dom erhalten bleibe. Er verweist auf ein Schreiben von Bürgermeisterin Opladen von Anfang Februar 2002 an den Kölner Oberbürgermeister, mit dem diese ihre Besorgnis im Zusammenhang mit den Kölner Projekten und deren Auswirkungen auf die Sichtachsen von Schloß Bensberg aus zum Ausdruck gebracht habe. Oberbürgermeister Fritz Schramma habe in seinem Antwortschreiben zugesichert, die Blickbeziehung vom Schloß auf den Kölner Dom zu erhalten.

Die Stadt Köln habe inzwischen die Verträglichkeit ihrer Bauprojekte mit der Stadtentwicklung genau untersuchen lassen. Es handele sich derzeit um geplante Standorte im Bereich von Köln- Deutz, dem Mülheimer Hafen, dem Rheinau- Hafen und dem Deutzer Hafen. Interessant für die Blickachse von Schloß Bensberg auf den Kölner Dom seien nur die Projekte in Köln- Deutz.

In einer sog. Sichtfeld-Analyse habe die Stadt Köln eruieren lassen, daß die Blickbeziehung vom Schloß auf den Kölner Dom entsprechend der Zusage von Oberbürgermeister Schramma tatsächlich nicht beeinträchtigt werde.

Die Ansichten könne man sich im Internet unter der Adresse <http://www.koelnarchitekturbüro.de/> ansehen.

Frau Ryborsch greift den Hinweis von Verwaltungsmitarbeiter Schäfer zu den Projekten in Köln- Deutz auf und weist darauf hin, daß ein zentrales Bauvorhaben nicht vom Landschaftsverband Rheinland, sondern von der Rheinischen Zusatzversorgungskasse errichtet werde. Der Vorsitzende der Landschaftsversammlung sei auch Vorsitzender der RZVK und stehe hinter diesem Projekt. Innerhalb des Landschaftsverbandes werde dieses durchaus kontrovers gesehen. Wegen der pressebekannten Auseinandersetzungen herrsche am Bauplatz derzeit ein Baustopp. Sie geht davon aus, daß das Projekt seinerzeit auch vom Delegierten des Rheinisch-Bergischen Kreises in den Gremien der RZVK mit befürwortet wurde. Ihrer Auffassung nach sei der künftige Turm nicht besonders schön. Insgesamt sei die vermeintliche künftige freie Sichtachse von Schloß Bensberg auf den Kölner Dom nach Verwirklichung der Bauvorhaben in ihrer Wirkung eher als relativ anzusehen.

Bürgermeisterin Opladen weist darauf hin, daß in Köln Bündnis 90/ Die Grünen politische Verantwortung mittrage. Stadtplanung und Bauvorhaben seien auch in Köln eine Angelegenheit des dortigen Rates.

Im übrigen nimmt der Hauptausschuß den Vortrag zur Kenntnis.

5. **Annahme einer Schenkung des Verschönerungsvereins Bergisch Gladbach e.V.**

@->

Herr Hagen begibt sich in den Zuschauerraum, da er befangen ist.

Bürgermeisterin Opladen lobt das Engagement des Verschönerungsvereines Bergisch Gladbach e.V., das der Stadt gerade in finanzschwachen Zeiten außerordentlich zugute komme. Die Kosten für die Neuauflage von 5.000 Prospekten „Rathaus Bergisch Gladbach“ in Höhe von 1.814,29 € (inkl. Mehrwertsteuer) habe wiederum der Verein übernommen. Sie bittet darum, dieses großzügige Geschenk entgegzunehmen.

Sodann faßt der Hauptausschuß einstimmig folgenden **Beschluß:**

Die Schenkung des Verschönerungsvereines Bergisch Gladbach e.V. – die Finanzierung der Neuauflage des Rathausprospektes – wird dankend angenommen.

Bürgermeisterin Opladen sichert zu, den Dank des Rates an den Verschönerungsverein weiterzugeben. Bei Interesse an einem Prospekt könnten sich die Ratsmitglieder an die Verwaltung wenden.

Herr Hagen kehrt an seinen Platz zurück.

<-@

6. **Pflege der städtepartnerschaftlichen Beziehungen**

@->

Bürgermeisterin Opladen erläutert kurz die Ausgaben für die Durchführung der städtepartnerschaftlichen Maßnahmen im Jahre 2003. Sie bezieht sich hierbei auf die Aussagen der Vorlage in deren Teil A, Punkt 5.

Herr Dr. Kassner weist darauf hin, daß die Verwaltung beabsichtige, Sponsoren für eine Übernahme von Beträgen für die Gäste aus Marijampole und Pszczyna im Rahmen von deren Teilnahme an einem Deutsch-Sprachkursus zu finden. Er möchte wissen, ob solche Spenden auch 2004 steuerlich absetzbar seien.

Dies wird von Bürgermeisterin Opladen unter Bezug auf die derzeitige Rechtslage bejaht.

Herr Dehler bedankt sich für die ausführliche Vorlage und die gute Betreuung von Gästen aus Pszczyna anläßlich des letzten Besuches einer Delegation dieser Stadt in Bergisch Gladbach. Das Programm sei sehr abwechslungsreich gewesen und von den polnischen Gästen sehr positiv aufgenommen worden.

Frau Ryborsch schließt sich diesem Dank an. Im Bereich der Städtepartnerschaften werde mit wenig Geld außerordentlich viel erreicht.

Herr Dr. Kassner regt an, den Spendenaufruf so in die Öffentlichkeit zu leiten, daß das angestrebte Spendenvolumen tatsächlich erreicht werde.

Bürgermeisterin Opladen betont den außerordentlich gelungenen Charakter des Fest-

aktes zum Bestehen der 10-jährigen Städtepartnerschaft zwischen Bergisch Gladbach und Pszczyna.

Sodann faßt der Hauptausschuß einstimmig folgenden **Beschluß: <-@**

@-

Die für das Jahr 2004 vorgesehenen städtepartnerschaftlichen Aktivitäten werden – vorbehaltlich der Bereitstellung der Haushaltsmittel – gebilligt.

<-@

7. **Ermächtigung, bereits vor der Verabschiedung der Haushaltssatzung 2004 für städtepartnerschaftliche Aktivitäten Verpflichtungen zu Lasten des Haushaltsplanes 2004 einzugehen**

@->

Der Hauptausschuß unterbreitet dem Rat einstimmig folgende **Beschlußempfehlung: <-@**

@->

Die Bürgermeisterin wird ermächtigt, bereits vor der Verabschiedung der Haushaltssatzung 2004 zu Lasten des Haushaltsjahres 2004 städtepartnerschaftliche Aktivitäten mit einem Ausgabenvolumen von rd. 8.500 € in die Wege zu leiten und hierfür die notwendigen Verpflichtungen einzugehen sowie die Absprachen mit den Partnerstädten zu treffen. Dem stehen Einnahmen in Höhe von 1.500 € gegenüber, so daß die tatsächliche Ausgabebelastung nur 7.000 € betragen würde.

Es handelt sich um folgende Aktivitäten:

- Teilnahme einer Musikkapelle am Karnevalszug (geschätzte Kosten: 250 €)
- Deutsch-Sprachkursus für junge Menschen aus Bourgoin-Jallieu, Marijampole und Pszczyna vor den Sommerferien 2004 (geschätzte Kosten: 6.000 €, Einnahmen: 1.500 €)
- Bewilligung von Zuschüssen an Schulen und Vereine für städtepartnerschaftliche Begegnungen, die bis zu den Sommerferien anstehen, und Tätigkeit von kleineren Ausgaben, wie z.B. Begrüßung von Gästen im Rathaus (insgesamt geschätzte Kosten: 1.800 €)

Außerdem wird der Übertragung eines Haushaltsrestes von 4.000 € bei der Haushaltsstelle „Partnerschaften“ in das Jahr 2004 für die Nachholung des im November 2003 ausgefallenen Partnerschaftskonzertes im Februar oder April 2004 zugestimmt.

<-@

8. **Strukturuntersuchung Rommerscheid/ Romaney**

@->

Herr Hagen begibt sich in den Zuschauerraum, da er befangen ist.

Stadtbaurat Schmickler erklärt die Aufnahme des Ortsteiles Romaney in den Namen

der Strukturuntersuchung damit, daß der Bereich Großer Busch statistisch zum Wohnplatz Romaney gehöre. Er schlägt vor, daß die Verwaltung heute die Strukturuntersuchung lediglich erläutere und den Fraktionen anschließend ausreichend Zeit zur internen Beratung gegeben werde. Danach könne über die Untersuchung in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses befunden werden.

Sodann erläutert Verwaltungsmitarbeiter Jachwitz kurz den Inhalt der allen Mitgliedern des Ausschusses vorliegenden Strukturuntersuchung. Hierbei orientiert er sich eng an deren schriftlich fixierten Inhalt. Er korrigiert auf Seite 24 der Untersuchung zum Vorhaben von Herrn Dipl.-Ing. Christoph Roth für die Erbgemeinschaft Gronewold, daß **die** Flächen als Baugebiet festgesetzt werden könnten, die nach derzeitigem Stand der Nutzung **keine** Waldflächen seien.

Bürgermeisterin Opladen empfiehlt eine Beratung der Strukturuntersuchung in den Fraktionen, damit der Hauptausschuß am 16.03.2004 entscheiden könne.

Herr Freese weist darauf hin, daß im Bereich der Strukturuntersuchung eine außerordentliche Überalterung vorliege. Insbesondere im Teilbereich Großer Busch seien lediglich 12,5 % der Bevölkerung 18 Jahre und jünger. Er befürchtet, daß sich jüngere Familien Grundstücke der angedachten Größe nicht leisten könnten.

Es besteht Einvernehmen, daß wie von Bürgermeisterin Opladen vorgeschlagen verfahren wird. Im übrigen nimmt der Hauptausschuß die Vorlage und die Strukturuntersuchung zur Kenntnis.

9. <-@
Feststellung des Jahresabschlusses 2002 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Städtische Feuerwehr" der Stadt Bergisch Gladbach

@->

Der Hauptausschuß unterbreitet dem Rat einstimmig folgende **Beschlußempfehlung:**

1. Gemäß § 26 Abs. 2 Eigenbetriebsverordnung (EigVO NRW) werden die Bilanz der städtischen Feuerwehr Bergisch Gladbach zum 31.12.2002 in Aktiva und Passiva mit 17.918.584,21 € und die Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Jahresverlust von 472.985,65 € festgestellt.
2. Des weiteren wird der Lagebericht 2002 gemäß § 26 Abs. 2 EigVO NRW festgestellt.

10. <-@
Benennung des Fußweges zwischen der Straße Rosenhecke und der Kauler Straße in Bensberg

@->

Der Hauptausschuß faßt einstimmig folgenden **Beschluß:**

<-@

Der Weg zwischen der Straße Rosenhecke und der Kauler Straße erhält die Bezeichnung „Emilie – Schmitz – Weg“.

11. <-@
Auflösung des Vereins "Werkstatt für Behinderte Leverkusen/Rhein-Berg e. V."

@->

Bürgermeisterin Opladen ergänzt zur Vorlage, daß der Beirat für Belange von Menschen mit Behinderungen gegen die Umwandlung der Rechtsform keine Bedenken erhoben habe.

Sodann unterbreitet der Hauptausschuß dem Rat einstimmig folgende **Beschluss-**
empfehlung:

<-@

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stimmt der Umwandlung des „Werkstatt für Behinderte Leverkusen/Rhein-Berg e. V.“ in eine gemeinnützige GmbH mit der Gesellschafterstruktur 68 % Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e. V. Leverkusen, 26 % Lebenshilfe für Menschen mit Behinderung e. V. Rheinisch-Bergischer Kreis und Köln-Porz und 6 % Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V. zu. Zugleich verzichtet die Stadt Bergisch Gladbach bei der Umwandlung auf ihre Mitgliedschaft und möchte keine Gesellschaftsanteile am Rechtsnachfolger erwerben.

12. <-@
Berufung eines Mitglieds des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen durch den Rat der Stadt Bergisch Gladbach

@->

Der Hauptausschuß unterbreitet dem Rat einstimmig folgende **Beschlußempfehlung:** <-@

@->

Gemäß § 3 der Satzung des *Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen* und der Gemeindeordnung NW wird auf Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft Behindertenhilfe Herr Jochen Odenthal als stellvertretendes Mitglied in den *Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen* berufen.

13. <-@
Bericht aus dem Ausländerbeirat

@->

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

14. <-@
Anfragen der Ausschußmitglieder

@->

Es gibt keine Anfragen.

Bürgermeisterin Opladen schließt die öffentliche Sitzung.

<-@